

Jugend bewegt Hessen

Jugendsport braucht Priorität

Kommunale Sportförderung ist Jugendförderung

Die Sportjugend Hessen schließt sich den Grundpositionen und Forderungen des Landessportbundes Hessen an. Wir teilen die Überzeugung: Sportförderung ist Daseinsvorsorge und Grundlage für Lebensqualität, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ergänzend betonen wir aus jugendpolitischer Sicht:

Kinder und Jugendliche verbringen heute mehr Zeit denn je in Kitas und Schulen – und damit in institutionellen Lern- und Betreuungsformen. Durch das Ganztagsförderungsgesetz wächst ihre tägliche Verweildauer weiter. Bewegung findet dadurch immer seltener selbstverständlich statt, sondern muss gezielt ermöglicht werden.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mahnt: Vier von fünf Kindern und Jugendlichen bewegen sich nicht ausreichend.

Besonders betroffen sind Mädchen sowie Kinder und Jugendliche aus herausfordernden Sozialräumen, wo sichere und ansprechende Bewegungsmöglichkeiten oft fehlen.

Wer eine gesunde, aktive und selbstbewusste junge Generation will, muss früh ansetzen – im Kindesalter, in Schule und Verein, in Freizeit und Sozialraum.

Früh erlernte Freude an Bewegung ist der Schlüssel für lebenslange Aktivität – und damit die Grundlage einer bewegten Gesellschaft. Hinzu kommt: Gesundheitsförderung umfasst auch Partizipation. Wer Kinder und Jugendliche früh in für sie wichtige Entscheidungsprozesse einbindet und ihre Bedarfe wahrnimmt, trägt zu einem positiven Miteinander und zu einer Stärkung der Demokratie bei.

Deshalb müssen alle Ebenen – Land, Kommunen und Sportorganisationen – gemeinsam handeln:

- Kommunale Sportförderung an Bewegungszielen und den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausrichten,
- wissenschaftliche Erkenntnisse zu Bewegungsmangel berücksichtigen,
- und gezielt dort investieren, wo Kinder und Jugendliche am meisten Unterstützung brauchen
- Kinder und Jugendliche anhören und in Entscheidungsprozesse – z.B. bei der Sanierung von Sportstätten – einbinden.

1. Sportförderung an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausrichten

Die kommunale Sportförderung muss den Blick konsequent auf die junge Generation richten.

Sportförderung darf nicht nur Infrastruktur sichern, sondern muss gezielt die Bewegungs- und Partizipationschancen junger Menschen verbessern – innerhalb und außerhalb von Vereinen.

Kommunale Fördermittel und Sportentwicklungsplanungen müssen Kinder und Jugendliche als Zielgruppe ausdrücklich benennen, beteiligen und in ihren Bedarfen berücksichtigen. Dabei lohnt ein besonderer Fokus auf Heranwachsende in sozial benachteiligten Stadtteilen und auf Mädchen. Investitionen in Sportstätten müssen dort ansetzen, wo Bewegungsmangel am größten ist.

2. Tägliche Bewegung ermöglichen durch Kooperationen mit Kita, Schule und Ganztag

Sportvereine sind verlässliche Partner in der Bildungsarbeit. Bewegung darf nicht an der Schultür enden, sondern muss Teil des Ganztags werden. Kommunen müssen Rahmenbedingungen für bewegte Bildungslandschaften schaffen. Dafür sind Vereine systematisch dabei zu unterstützen mit Schulen und Kitas zusammenzuarbeiten – mit klaren Zuständigkeiten, fairen Honoraren und verlässlicher Finanzierung. Kommunale Strategien zur Bewegungsförderung müssen darauf ausgerichtet sein, dass jedes Kind – unabhängig von sozialer Lage oder Herkunft – täglich mindestens 60 Minuten Bewegung erlebt.

3. Kinder und Jugendliche an der Sportentwicklung beteiligen

Bewegungsräume gelingen nur, wenn junge Menschen, die sie nutzen, auch mitgestalten. Ob Sportentwicklungsplanung, Bau von Bewegungsparks, Pumptracks oder Schwimmbadsanierung – Kinder und Jugendliche müssen beteiligt werden. Jugendvertretungen, Juniorteams und engagierte Vereinsjugenden sind Partner kommunaler Beteiligungskultur. Sie müssen strukturell unterstützt und systematisch werden.

Einordnung

Dieses Papier versteht sich als Ergänzung zum Positionspapier des Landessportbundes Hessen und richtet den Blick gezielt auf die Kinder- und Jugendperspektive. Es betont die Notwendigkeit, kommunale Sportförderung altersgerecht, sozialraumorientiert und beteiligungsbasiert zu gestalten.